Eisenwarenhandlung A. Schedler - Nachf. Hans Beuchert

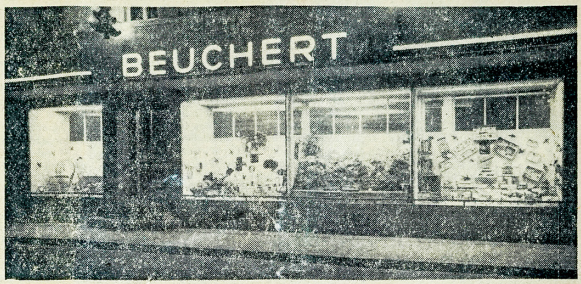
60 Jahre

Telefon 634 **Bühl - Schwanenstraße** **Telefon 634**

Mehr als sonst bleiben jetzt in der vorweihnachtlichen Zeit die Menschen vor den Schaufenstern der Geschäftshäuser mit ihren prächtigen und geschmackvollen Auslagen stehen, die heimliche Wünsche als greifbare Realitäten zur Schau stellen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß dabei das Spielwarentenster der Eisenwarenhandlung A. Schedler-Beuchert in der Schwanenstraße ein ganz besonderer Anziehungspunkt in Bühl darstellt. Groß und klein, alt und jung drängt sich davor, um die prachtvolle Eisenbahn-Modellanlage mit mehreren Zügen, automatischen Signalen und was sonst noch alles dazu gehört, zu bestaunen. Schon seit einer Generation warten die Bühler Buben bereits Wochen vorher gespannt darauf, bis die Anlage aufgebaut und in Betrieb genommen wird.

In diesem Jahr hat diese vielbewunderte Auslage eine neue, geräumigere Ausgestaltung erfahren, da die Firma noch rechtzeitig die Neugestaltung ihrer Schaufensterfassade fertigstellen konnte und ihr jetzt vier große Schaufenster zur Verfügung stehen. Durch diese Neugestaltung, die mit dem Entwurf von Architekt Rudi Beuchert, Pforzheim, einem Sohn des Hauses, Bauleitung Architekt Großmann-Bühl und einheimischen Handwerkern und Baufirmen durchgeführt wurde, fügt sich das Geschäft in vorzüglicher Weise in den Rahmen der in den letzten Jahren modernisierten Bühler Geschäfte ein. Es hat nun auch nach außen hin das Gesicht erhalten, das seiner 60jährigen, erfolgreichen Tradition würdig ist.

Im Jahre 1894 wurde die Eisenwarenhandlung Hannover von Alexander Schedler käuflich erworben. Seine guten fachmännischen Kenntnisse, sein kaufmännisches Prinzip, nur beste Qualitätsware anzubieten, — ein Grundsatz dem die Firma bis auf den heutigen Tag trotz vieler Schwierigkeiten im Wandel der Zeiten treu geblieben ist — und sein Bestreben, mit seinen Kunden über die geschäftlichen Beziehungen hinaus einen engen persönlichen Kontakt zu gewinnen, schufen ihm in kurzer Zeit das Vertrauen eines großen Kundenkreises, das heute weit über die Stadt und die Grenzen des mittelbadischen Gebietes hinausreicht. Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb der Gründer der Firma im Jahre 1919.



Blick auf die große Schaufensterfront Foto Loga Bühl

Sein Schwiegersohn Hans Beuchert übernahm im Herbst 1920 das Geschäft und führte es unter dem Namen A. Schedler, Nachfolger Hans Beuchert weiter. Seiner Tatkraft, verknüpft mit den Erfahrungen und Gepflogenheiten seines Vorgängers war es zu verdanken, daß das Geschäft rasch einen bedeutenden Aufschwung nahm. Bei dem Ausbau der Haushaltwarenabteilung, dem Lager für landwirtschaftliche Geräte und einem überaus reichen Sortiment an Handwerkszeugen und Beschlägen aller Art richtete er sein besonderes Augenmerk getreu dem Geschäftsprinzip auf den Verkauf von erstklassigen Markenerzeugnissen höchster Qualität. Der von A. Schedler schon begründete gute Ruf der Firma wurde dadurch noch gestärkt und ausgeweitet. Die günstige Entwicklung des Geschäftes, an der auch die 1949 zu früh verstorbene Ehefrau des Inhabers maßgeblichen Anteil hatte, machte schon 1936 einen Erweiterungsbau der Innen- und Lagerräume erforderlich, Ihm folgte jetzt nach Überwindung der gerade bei den Eisenwarenhandlungen großen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, der großzügige, moderne Außenumbau.

Er gibt der Firma zu ihrem 60jährigen Jubiläum die Möglichkeit, ihren Kunden die weitgespannte Leistungsfähigkeit mit einer reichhaltigen Auswahl aus ihrem großen Sortiment in einem wohlgelungenen Rahmen sinnfällig vor Augen zu stellen. Wenn auch das alte Geschäftshaus nach der Umgestaltung kaum wiederzuerkennen ist, so werden sich der Inhaber Hans Beuchert und sein seit mehreren Jahren im Geschäft tätige Sohn Alex Beuchert hinter der schmucken Klinkerfassade und der ansprechenden Gestaltung der vier neuen, großen Schaufenster bemühen, die nunmehr 60jährige von reellem Kaufmannsgeist im Handel mit hochwertigen Qualitätserzeugnissen geprägte Tradition des Hauses zu wahren und ebenso erfolgreich wie bisher fortzuführen.

Bei uns finden Sie für jeden das passende Weihnachtsgeschenk!

MÄRKLIN-Eisenbahnen und Metallbaukasten
SCHUCO-Autos — Mechanische Spielwaren
Laubsäge-Garnituren — Werkzeugkasten und -Schränke

HUDORA-Schlittschuhe — Rollschuhe — Rodelschlitten
Neuzeitliche Küchenmaschinen und Küchengeschirre
JENAer Glas — Bestecke — Küchenwaagen — Kaffeemühlen

In nur besten Markenfabrikaten

Acher- und Bühler Bote

MITTELBADISCHER KURIER

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags. Verlag und Redaktion Bühl (Baden), Hauptstraße 55. Fernsprecher 511. P. A. O. Bühl. Anzeigenpreisliste 3

56. JAHRGANG | DONNERSTAG, 16. DEZEMBER 1954 | NUMMER 291

Bezug monatlich durch Träger DM 3.15, zuzüglich 45 Pfennig Trägerlohn, durch die Post DM 3.15 zuzüglich 54 Pfennig Postzustellgebühr.

Im Zeichen politischer Hochspannung

Bonn. Die große außenpolitische Debatte des Bundestages begann am Mittwoch unter gespannter Anteilnahme der deutschen Oeffentlichkeit. In Anwesenheit des Bundeskanzlers und des gesamten Kabinetts, zahlreicher Vertreter des Bundesrates und der ausländischen Missionen eröffnete das voll besetzte Plenum die zweitägige Aussprache über die Pariser Verträge und das Saar-Statut. Die Zuschauer- und Pressetribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Wie immer an „großen Tagen" hielten die Kamera-Männer der Wochenschauen und des Fernsehens und die Bildreporter ihre großkalibrigen Teleobjektive auf das Geschehen im Plenarsaal gerichtet.

Carlo Schmid begründet Absetzungsantrag

In der Begründung des von der Mehrheit des Plenums abgelehnten SPD-Antrages zur Absetzung des Saar-Abkommens hatte Prof. Carlo Schmid gefordert, der französischen Regierung und der Regierung der Bundesrepublik solle Gelegenheit zur authentischen Interpretation des Saarabkommens gegeben werden, dessen Text von beiden Seiten völlig verschieden verstanden werde. Der Text des Saarabkommens sei so allgemein und zwielichtig, daß jede Partei in gutem Glauben behaupten könne, daß dieser Text das Gegenteil von dem besage, was der andere als wesentlichen Inhalt hinstelle. So erkläre die Bundesregierung in ihrer Begründung des Saarabkommens, daß die Saar bis zum Friedensvertrag weiter ein Teil des deutschen Staatsgebietes bleibe, während die französische Regierung feststelle, daß das Saargebiet jetzt schon aufgehört habe, ein Teil Deutschlands zu sein. Prof. Schmid betonte nachdrücklich, daß man sich offenbar in wesentlichen Punkten des Saarabkommens nicht geeinigt habe. Man brauche Gewißheit, daß beide Parteien unter dem Abkommen dasselbe verstehen. Nach der Ablehnung des Absetzungsantrages der SPD trat der Bundestag in die Beratung der vorgesehenen Tagesordnung ein.

Wehner begründet SPD-Forderungen zur Außenpolitik

Bonn. Der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner eröffnete die große außenpolitische Debatte und begründete Anträge und große Anfragen der SPD zur Außenpolitik. In einem Antrag zur Wiedervereinigung Deutschlands verlangt die SPD, daß die Bundesregierung bei den drei Westmächten darauf dringt, eine gemeinsame Wiedervereinigungspolitik zu vereinbaren und einen gemeinsamen Vorschlag auszuarbeiten und die Freiheit und Sicherheit Deutschlands dadurch zu verwirklichen, daß das ganze Deutschland einem europäischen Sicherheitssystem im Rahmen der NATO eingegliedert werden soll. Die drei Westmächte müßten ohne Aufschub mit der Sowjetunion Verhandlungen auf dieser Grundlage aufnehmen. Er betonte, daß das deutsche Volk ein Fortbestehen der Spaltung nicht hinnehmen kann, daß die Wiedervereinigung in Freiheit sein erstes und vordringlichstes Ziel ist und „jeder Versuch, die Koexistenz des Westens u. des Ostens auf die Spaltung Deutschlands zu gründen, zu verhängnisvolleren Gefahren führen muß." Der SPD-Antrag verlangt außerdem, die Beschlußfassung — also die Schlußbstimmung in dritter Lesung — über die Vertragsgesetze bis zum Abschluß solcher Verhandlungen auszusetzen.

„Geben Sie eine Antwort, die wir vor Deutschland und der Welt vertreten können"

Der Appell des Bundeskanzlers in seiner großen außenpolitischen Rede an den Bundestag

Bonn. Nach der Ablehnung der Anträge von Carlo Schmid und der Verabschiedung der Anträge des sozialdemokratischen Abgeordneten Herbert Wehner ergriff Bundeskanzler Dr. Adenauer das Wort, um zu den Pariser Vertragswerken Stellung zu nehmen, die bestimmt seien, eine neue Epoche der Geschichte Europas einzuleiten. Damit gewinnt die Bundesrepublik eine sichere Basis, die Politik der Wiedervereinigung mit Zuversicht führen zu können. Die Pariser Verträge sehen im einzelnen die Beendigung des Besatzungsstatuts, Vereinbarungen über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik, den Beitritt der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikpakt, wobeiein deutscher militärischer Beitrag eingeschlossen ist, und schließlich ein Abkommen über die Saar vor. Dr. Adenauer erklärte sich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu sichern, aber erst das Vertragswerk von Paris werde die Bundesrepublik befähigen, die Spaltung Deutschlands zu beseitigen.

Zum deutsch-französischen Saarabkommen versprach er, Fühlung mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France aufzunehmen und nötigenfalls die amerikanische und britische Regierung zu bitten, in gemeinsamen Besprechungen mit Frankreich und der Bundesregierung etwaige Meinungsverschiedenheiten zu bereinigen. Ueber die künftige Armee in Deutschland würden alle, die in Deutschland politische Verantwortung tragen, gemeinsam wachen. „Wir erklären in aller Form, der deutsche Militarismus ist tot".

Der Verteidigungscharakter der NATO

Der Bundeskanzler stellte erneut den Verteidigungscharakter der NATO und des Brüsseler Paktes heraus und forderte die Sowjetunion auf, auch ihr System in Richtung auf eine Defensiv-Organisation zu ändern. Wenn die Moskauer Konferenz den Eindruck erwecken wollte, daß Sowjetrußland bedroht werde, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die Westmächte ihre Verteidigung erst nach Schaffung des hochgerüsteten Ostblocks organisierten. Zum sowjetischen Vorschlag über ein europäisches Sicherheitssystem sagte Dr. Adenauer, es sei für den Westen nicht zumutbar, daß ein Sicherheitssystem auf der Grundlage des Status quo zustandekomme und die Teilung Deutschlands sanktioniere. Auf die sowjetischen Warnungen vor einem deutschen Militarismus erwiderte Dr. Adenauer: „Der deutsche Militarismus ist tot, wenn es ein wirksames Mittel dagegen gibt, daß er je wieder zum Leben erweckt wird, dann sind es die Pariser Abkommen".

Um das Saarabkommen

Der Kanzler kam im Verlauf seiner Rede noch einmal auf das Saarabkommen zu sprechen, und zwar mit dem Hinweis, das Abkommen widerspreche nicht der Auffassung des Bundestages und der Bundesregierung, daß die Saar vorbehaltlich der endgültigen Festsetzung der Grenzen durch einen Friedensvertrag zu Deutschland innerhalb der Grenzen von 1937 gehört. Er betonte, daß der Westen ohne die deutsch-französische Verständigung nicht die Geschlossenheit erreichen kann, die er für seine Verhandlungen mit dem Osten dringend benötige. Dr. Adenauer hob die bei den letzten Gesprächen mit Mendès-France erzielte Einigung über politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme hervor und sprach die Hoffnung aus, daß die letzten Unklarheiten noch beseitigt werden.

Eine Kontroverse zwischen Kanzler und Opposition

Bonn. Die aufgestaute Erregung der Opposition über die Pariser Verträge entlud sich, als der Bundeskanzler nach einem Ueberblick über die Vertragswerke auf die Entwicklung in der Bundesrepublik seit Kriegsende zu sprechen kam und dabei erklärte, daß „trotz der riesigen Lasten, die der Krieg und seine Folgen dem Staat auferlegt hatten, gesunde soziale Verhältnisse hergestellt und die wirtschaftlich Schwachen und die Opfer der Diktatur und des Krieges geschützt werden konnten". Als der Bundeskanzler auf Zwischenrufe der SPD erwiderte, er habe nicht behauptet, daß die SPD dabei mitgewirkt habe, kam es zu minutenlangen heftigen Tumulten. Nur mit Mühe konnte Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier die Ruhe wiederherstellen. Der SPD-Abgeordnete Erler erklärte in einer Zwischenbemerkung, der Vorfall sei nur auf den Vorwurf des Kanzlers zurückzuführen, die SPD habe nicht mitgearbeitet. Dr. Adenauer erwiderte, man hätte die nächsten Sätze seiner Rede abwarten sollen, in denen er ausdrücklich auf die Mitarbeit aller Schichten und Stände hinweise. Auch die SPD sei bemüht gewesen, die soziale Gesetzgebung zu verabschieden.

Das politische Klima wandelt sich schnell

Von Beifall unterbrochen erklärte der Bundeskanzler, daß sich das politische Klima schnell wandele und die Welt noch immer voller Gefahren sei. Auf den Konferenzen in London und Paris sei es dem freien Westen aber gelungen, wieder seine Einheit zurückzugewinnen. Eines der bedeutsamsten Ergebnisse der Konferenzen sei die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Bereiche der Bundesrepublik. „Die Souveränität wird der Bundesrepublik nicht von den drei Westmächten" verliehen oder „gewährt" (Beifall bei den Regierungsparteien). Sie sei keine von den fremden Mächten übertragene, sondern sie sei eine eigenständige deutsche Souveränität, die nur von der Besatzungsmacht noch zeitweilig verdrängt und überlagert sei. Die deutsche Souveränität sei daher nicht eine neue, der Bundesrepublik verliehene Souveränität.

Die Bundesregierung weise nachdrücklich die Behauptung zurück, daß die Spaltung Deutschlands durch die Wiederherstellung der Souveränität für einen Teil Deutschlands vertieft oder verhärtet wird.

Keine Pariser Stellungnahme zur Adenauer-Erklärung

Paris. Das französische Außenministerium wird zur Erklärung Bundeskanzler Dr. Adenauers vor dem Bundestag erst nach Abschluß der Bundestagsdebatte Stellung nehmen. Dies wurde am Mittwochabend amtlich in Paris erklärt.

Zwischen zwei großen Blöcken

Deutschland muß sich entscheiden

In seiner bisher längsten Regierungserklärung verbreitete sich Bundeskanzler Dr. Adenauer bei dieser, wohlgemerkt, ersten Lesung der Pariser Verträge (die zweite und dritte Lesung ist vorerst auf Ende Januar angesetzt) über die außenpolitische Lage im allgemeinen und über die entscheidende Frage im speziellen, welchen außenpolitischen Weg das deutsche Volk einschlagen müsse. Aus dem zweiten Weltkrieg seien zwei große Staatengruppen hervorgegangen: die kommunistisch geführten Länder auf der einen und die Staaten der freien Welt auf der anderen Seite. Die Demarkationslinie zwischen den beiden Gruppen laufe mitten durch Deutschland und teile es in zwei Teile. So sei Deutschland in der großen Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken bisher in hohem Maße ein Objekt der Weltpolitik gewesen. Es war daher eines der ersten Ziele der Bundesregierung, Freiheit und Selbstbestimmung für die Bundesrepublik zu gewinnen. Damit erlange die Bundesrepublik auch die Freiheit des Handelns zu Gunsten ganz Deutschlands. Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität und die gleichzeitige Eingliederung ganz Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Welt sei gerade durch die Aggressivität der sowjetischen Politik gefördert worden.

Nach dem Scheitern der EVG

Das Scheitern der EVG war nach Auffassung des Bundeskanzlers der größte Erfolg der Sowjetunion auf dem europäischen Schauplatz des kalten Krieges. Seit dem Tode Stalins sei zwar die sowjetische Taktik geändert worden, aber in der Verfolgung des Zieles der Weltbeherrschung sei die Sowjetunion völlig unnachgiebig geblieben. Diese Erkenntnis sei nicht zuletzt durch die Genfer Konferenz und durch die Entwicklung in Ostasien verstärkt worden. Nach dem Scheitern der EVG hätte es den Sowjets gelingen können, die Einheit der westlichen Welt aufzusprengen. „In dieser schicksalhaften Stunde begriff aber die ganze freie Welt mit einem Schlage, daß sie in eine akute Krise geraten war." Die britische und die amerikanische Regierung hätten als erste die Initiative ergriffen.

Die Nachmittagssitzung des Bundestags

Große Rede Ollenhauers — Fortsetzung der Debatte

Bonn. In der um 15 Uhr wieder aufgenommenen außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestags sprach zuerst Oppositionsführer Erich Ollenhauer (SPD), dessen Ausführungen auf Seite zwei veröffentlicht sind.

Als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion erklärte Dr. Kurt Georg Kiesinger, es gehe bei den behandelten Fragen der deutschen Außenpolitik nicht nur um die Sicherheit, sondern nach wie vor „um unsere einfache nackte Existenz". Kiesinger nannte die Erklärung Ollenhauers, das Pariser Vertragswerk gewähre weder Sicherheit noch fördere es die Wiedervereinigung, eine „kühne These". Er forderte die SPD auf, die Wiedervereinigung nicht aus dem Zusammenhang der internationalen außenpolitischen Probleme der ganzen Welt herauszureißen. Der kommunistische Block umfasse 800 Millionen Menschen, die auf einem ungeheuren Raum lebten. Dieser Block sei ein Faktor. Solange diese Tatsache bestehe, müsse das westliche Europa auf Einigung bedacht sein.

Nach einem Vergleich der Potentiale des kommunistischen Machtblocks und des Westens sagte Kiesinger, das Gesicht der Welt habe sich in einer Weise gewandelt, daß Westeuropa gar nichts anderes übrig bleibe, als sich zu seiner eigenen Sicherheit zusammenzuschließen. Die Ziele des zaristischen Rußlands seien zwar auch expansiv gewesen, aber doch mit einer Beschränkung. Heute werde aber niemand die Kühnheit zu der Behauptung haben, daß die Ziele des sowjetischen Rußlands beschränkt seien. Kiesinger fragte, wer die Erklärungen der Sowjetunion von der Ko-Existenz wirklich ernst nehme? Dem stehe die heute noch geltende und erst wieder betonte kommunistische These entgegen, daß der Kommunismus unmöglich auf ein Land beschränkt bleiben könne.

Kiesinger erkannte die sozialdemokratischen Verdienste bei der Abwehr des Kommunismus in der Nachkriegszeit an. Es seien aber zwei verschiedene Dinge, sich gegen die kommunistische Ideologie zu wenden, oder eine Politik zu treiben, die nicht in den Sog der kommunistischen Politik hineingezogen werden könne. Die Westmächte, die nach dem Krieg zunächst abrüsteten, seien später bitter belehrt worden, wie falsch sie die Dinge 1945 gesehen haben.

Das Problem der Wiedervereinigung habe bei seiner Partei absoluten Vorrang. Entscheidend sei aber die Frage nach dem erfolgreichen Verlauf von Verhandlungen. In diesem Sinne habe die CDU/CSU bisher die aktivste Wiedervereinigungspolitik betrieben. Kiesinger nannte die Regierungserklärung des Kanzlers eindrucksvoller denn je und beglückwünschte Dr. Adenauer zu dieser Erklärung.

Kiesinger sprach sich dahingehend aus, daß für Verhandlungen mit der Sowjetunion noch viele Chancen offen stehen. Auf dem Gebiet der Wehrbereitschaft sehe nach seiner Ansicht der größte Teil der Jugend eine „schlimme Sache", gibt aber zu, daß in diesen sauren Apfel gebissen werden müsse.

Nach Kiesinger, dessen Rede öfters durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, sprach als letzter Redner der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Dehler. Die FDP habe den Willen, den gemeinsamen Weg weiter zu gehen. Er hielt Rückschau auf die bisherigen Abschnitte der Europapolitik. Die positiven Lösungen von London und Paris seien gesünder als die vorher angestrebten. Die Akteure auf der Bühne der europäischen Politik seien nationale Staaten, die sich in freier Entscheidung zusammenfügen.

*

Entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat wurde die außenpolitische Debatte nach den Ausführungen Dehlers abgebrochen, sie wird am Donnerstag morgen fortgesetzt werden. — Der Bundestag trat danach in die Erörterung anderer Tagesordnungspunkte ein.

Verteidigungskosten so niedrig wie möglich

Jeder demokratische Staat ist verpflichtet, seine Freiheit zu verteidigen

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Kanzler auf den neuen Truppenvertrag ein und betonte, daß die Bundesregierung dafür Sorge tragen werde, daß die Kosten des deutschen Verteidigungsbeitrages so niedrig wie nur möglich gehalten werden." „Sie dürften unter keinen Umständen eine Höhe erreichen, die verhindern würde, die Sozialverpflichtungen, die der Staat gegenüber der Gemeinschaft habe, in befriedigendem Umfange zu erfüllen."

Jeder demokratische Staat sei verpflichtet, seine Freiheit zu verteidigen und müsse dafür die gesetzlichen Grundlagen verschaffen, um in einer solchen Gefahrensituation voll verhandlungsfähig zu sein.

Zum Schluß seiner Ausführungen führte der Bundeskanzler aus, daß die Regierung das Streben nach einer Einheit Europas nie aufgeben werde und daß ihr grundlegendes Ziel ein wiedervereinigtes Deutschland sei und eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich. Auf keinen Fall dürfte die Teilung Deutschlands verewigt werden. Die sowetische Verhandlungsbereitschaft müsse geprüft werden.

Seine zweistündige Rede, nach der minutenlanger Beifall seitens des größeren Teiles des Hauses gespendet wurde, schloß der Kanzler mit dem Appell an den Bundestag: „Geben Sie eine Antwort, die wir vor Deutschland und der Welt vertreten können."

Gegen 12.30 Uhr wurde die Sitzung auf 15 Uhr vertagt.

Frist für Finanzreform verlängert

Bonn. Der Bundestag verabschiedete am Mittwoch abend einstimmig ein Gesetz, nach dem die Frist zur endgültigen Regelung der Steuerverteilung auf Bund und Länder nach Artikel 107 des Grundgesetzes bis zum 31. Dezember 1955 verlängert wird. Da das Gesetz die Verfassung ändert, muß auch der Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit zustimmen.

Nachdem die Beratung des Investitions-Schlußgesetzes zurückgestellt worden war, schloß der Bundestag um 20 Uhr sein Tageswerk, das morgen fortgesetzt werden wird.

Die Welt zwischen gestern und morgen

Inland

Die Auszahlung der erhöhten Grundrenten wird vorbereitet.

Die Verhandlungen über die Bundesbeamtenbesoldung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Arbeit in den Arbeitsämtern der Bundesrepublik und Westberlins wird von Freitag an ruhen.

Die neue bayerische Regierung betonte vor Pressevertretern in München ihre Absicht, die föderalistischen Bestrebungen dem Bund gegenüber zu verstärken.

Das Bundesfamilienministerium befaßte sich in seiner Beiratssitzung mit dem Entwurf eines Familienheimgesetzes.

Ausland

Der Indische Ministerpräsident Pandit Nehru hat Chou En-Lai eine Unterredung mit dem UNO-Generalsekretär Hammarskjoeld vorgeschlagen.

In Prag fand eine Massenkundgebung gegen die deutsche Wiederbewaffnung statt.

Mendès-France ist vom Kabinett ermächtigt worden, die Vertrauensfrage bei der Beratung der Pariser Verträge zu stellen.

Der Schah von Persien äußerte sich bei seinem Staatsbesuch in Washington, daß Persien vorübergehend die Hilfe der Westmächte benötige, um im Mittleren Osten ein strategisches Bollwerk gegen den Kommunismus zu sein.